

Über Ursachen und Formen des polnischen Europaskeptizismus

Goldene Sterne vom blauen Himmel holen

Marcin Konrad Lipnicki

Seit 1997, als die Möglichkeit, sich schnell in einer Gemeinschaft mit den hoch entwickelten Ländern Europas zu befinden noch faszinierte, kühlt sich in Polen der Integrationswunsch wesentlich ab. Es scheint, dass auf die polnischen Emotionen vor allem die Tatsache wirkte, dass in der ersten Hälfte der neunziger Jahre die Frage des EU-Beitrittes rein ideologisch behandelt wurde und man mit ihr die konkreten Forderungen und notwendigen Reformen nicht assoziierte. Die neue Phase der Verhandlungen und die Änderungen im polnischen politischen Leben und in der Wirtschaft (unter anderem geht es um die Notwendigkeit der Anpassung der polnischen Rechtsgebung an die europäische) führten dazu, dass der frühere Enthusiasmus verschwand und die Kritik an Stärke zunahm. Ende 1999 unterstützten zum ersten Mal weniger als fünfzig Prozent (mit fallender Tendenz) aller Polen den Prozess der Integration, ein Ergebnis, das eine neue Diskussion entfesselte und große Emotionen in der Bevölkerung auslöste. Die EU betonte anfänglich die Fehler ihrer bisherigen Informationspolitik in diesem Bereich. Mit dieser Meinung kann man insofern einverstanden sein, als die dabei gewählten Methoden (vor allem zahlreiche Tabellen und Diagramme) unübersichtlich und ver-

wirrend waren. Die Ursachen des heutigen Zustandes scheinen aber viel tiefer zu liegen.

Besonders deutlich wird der Informationsmangel an einer die ganze polnische Gesellschaft umfassenden Skepsis gegenüber Europa. Dabei fand die gesamte Diskussion in einer Weise statt, die den Eindruck verstärkte, dass der EU-Beitritt Polens vor allem der politischen Klasse Nutzen bringen würde. Daher scheint es gegenwärtig geboten, die Argumente der beiden gespaltenen Lager vorzustellen und die Ergebnisse dieser Diskussion in das allgemeine Bewusstsein zu heben.

Dann ist Polen offen

Um der Debatte einen Erfolg zu ermöglichen, soll eine vertiefende Analyse aller kritischen Stimmen gegen die heutige Form der Integration versucht werden.

Eine sehr wichtige Rolle spielen hierbei wirtschaftliche Argumente. Die Anhänger eines freien Marktes lehnen strikt jede Form seiner Beschränkung in der EU ab, welche im Rahmen des Interventionismus erfolgt (was besonders in der Landwirtschaftspolitik der Union erkennbar wird). Sie lehnen ebenso das ausgedehnte System der Sozialleistung-

gen ab, das ihrer Meinung nach die wirtschaftliche Entwicklung der ganzen Gemeinschaft verzögert. Auch die Korruption, von der man immer wieder hört, empfinden die Liberalen als ein höchst beunruhigendes Faktum.

Die Konservativen wiederum üben scharfe Kritik an den fortschrittlichen Elementen der Sozialpolitik der europäischen Linken und sehen in den von ihnen entwickelten Programmen eine Gefahr für das christliche Erbe Europas. Die national orientierten Gruppierungen der polnischen Linken und Rechten liefern sehr emotional geprägte Argumente, die sich vorwiegend auf die Theorie des „Nationalstaates“ und auf das Europa-Konzept de Gaulles beziehen. Nach ihren Vorstellungen ist die heutige EU eine die christliche Identität Europas (und die polnische Souveränität) gefährdende Struktur. Das ökonomische Hauptziel der Union solle die Vernichtung der Wirtschaft in Polen sein, um einen Absatzmarkt für die EU-Produkte zu schaffen. Polen sei in diesem System nichts mehr als eine Quelle der billigen Arbeitskraft und Rohstoffe. Diese letzte These vertritt in Polen vor allem die postkommunistische Bauernpartei PSL, die in ihrem Programm eindeutig die Möglichkeit von Grundstücksverkäufen an Ausländer ausschließt. Zahlreich sind auch diejenigen Kritiker, die einige rechtliche Aspekte des Integrationsprozesses, wie die notwendigen Änderungen in der Gesetzgebung und Verfassung, anprangern. Insbesondere werden die künftige Rolle und die Rechte Polens in der EU betont, die angeblich von der Übermacht Deutschlands in der Gemeinschaft bedroht werden. Alle diese Befürchtungen stehen in einem Zusammenhang mit der Tatsache, dass sich die Europäische Union selbst in einer Transformation befindet und ihr künftiger Charakter nicht ganz

klar ist. In Polen hat man den Eindruck, dass die Regierung von Jerzy Buzek und die politische Klasse bewusst eine vertiefende Diskussion über die EU vermeiden wollen, weil sie selbst nicht genau über die Bedingungen des Beitritts informiert worden sind. Die Union gibt Tschechen, Polen und Ungarn zu verstehen, dass die Mitgliedschaft erst nach der internen Umstrukturierung in der EU erfolgen kann. Diese Ungewissheit beeinflusst die polnischen Entscheidungen für eine Integration negativ und stärkt auch die Gegner dieses Prozesses.

Die katholische Kirche unterstützt grundsätzlich die Teilnahme Polens an den europäischen Strukturen, was zahlreiche Aussagen der Kirchenführung bestätigen. Auch Papst Johannes Paul II. nahm zur Integration in seiner Rede 1999 im polnischen Parlament positiv Stellung. Diese Akzeptanz seitens der katholischen Kirche ist aber vielmehr eine Bestätigung der engen Beziehungen zu den anderen christlichen Ländern in Westeuropa als eine Zustimmung zum heutigen Charakter der Gemeinschaft, der ihren christlich-demokratischen Prinzipien aus den fünfziger und sechziger Jahre widerspricht. Für wenig glücklich hielt ein Teil der polnischen Medien die Aussage eines der polnischen Erzbischöfe, Józef Zyciński, der nach dem Treffen der Kirchenführung mit dem Vorsitzenden der polnischen Verhandlungskommission, Jan Kulakowski, sagte, dass Polen keine andere Alternative als den EU-Beitritt hätte. Man hat dem Erzbischof Zyciński vorgeworfen, dass der offiziell zugegebene Mangel an Alternativen nur zu einer Verschärfung der Einstellung der Europäischen Union gegenüber Polen führen könnte.

Die Öffentlichkeit in Polen unterstützt die Entsendung eigener Vertreter in Brüssel und weist in den Umfragen nur darauf hin, dass

die Verhandlungen mit der EU „entschlossen“ sein sollten. Die Gruppierungen im polnischen Sejm sind für die Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union. Die letzte diesbezügliche Sonderdebatte im Sejm fand am 16. Februar statt. Die rechtszentrische Regierung AWS-UW hatte den Bericht über den Zustand der Vorbereitungen und Verhandlungen mit der EU vorgestellt und gewann für ihre Politik auch die Unterstützung seitens der parlamentarischen postkommunistischen Opposition SLD, der der polnische Staatspräsident Alexander Kwasniewski angehört. Die polnische Europa-Debatte findet grundsätzlich in den großen politischen Parteien statt, die mit dem EU-Beitritt einverstanden sind. Unter den kleineren parlamentarischen und außerparlamentarischen Gruppierungen gibt es auch solche, die diesen strikt ablehnen. Jener Teil der Debatte selbst schneidet eher konkrete Fragen an und findet in den Lebensbereichen statt, wo es zu großen Änderungen kommen muss oder schon kommt – sie umfasst also alle Schichten der polnischen Gesellschaft.

Ohne Tradition – Ohne Zukunft?

Mit dem Erfolg und mit der Stabilisierung der Wirtschaftsreformen nach dem Zweiten Weltkrieg kamen in manchen Ländern Westeuropas die sozialdemokratischen Parteien an die Macht, die eine gerechte Verteilung des gesammelten Kapitals und eine „Modernisierung“ der Gesellschaft versprachen. Sie gestalteten auch den Charakter der Europäischen Gemeinschaften mit und haben die heutige EU zum Teil geformt. Die europäische Linke ist zwar heterogen, aber in ihrem ideologischen Ausmaß beeinflusst sie alle Entscheidungen der europäischen Gremien.

Heute lassen sich nur zwei von fünfzehn Premierministern der EU-Staaten als „nicht-sozialistisch“ bezeichnen – in Spanien und in Österreich (siehe hierzu auch Marianne Kneuer in dieser Ausgabe). Der wirtschaftliche Verfall der Länder Ost- und Mitteleuropas führte dazu, dass auch die Parteien der politischen Linken einige Elemente des Kapitalismus anerkannten (jedoch mit dem Anspruch des Staates auf den Interventionismus). Das neue Spannungsfeld zwischen den politischen Strömungen umfasst heutzutage mehr die ideologischen Fragen nach Gesellschaft, Tradition und Sittenlehre als diejenigen nach der Ökonomie. Dieser europäische Streit wird in Polen wahrgenommen, und er beeinflusst die dortige Europa-Debatte.

Zu den Perspektiven, die die polnischen konservativ gesinnten Europaskeptiker im Lichte des weiteren Schicksales des christlichen (und auch nationalen) Erbes befürchten, gehört die Vision des europäischen „Superstaates“. Ein solcher Staat könnte sich im Falle der ideologischen Dominanz der Linken in seiner Politik von den christlichen Prinzipien entfernen und auch versuchen, eigene progressive Theorien zu verwirklichen. Aus diesem Grunde hat man bei den Anhängern dieser Theorie mit der Kritik an allen vertiefenden Integrationsversuchen zu tun. Mit dieser These hängt auch die Befürchtung zusammen, dass Polen in einer solchen Gemeinschaft seine kulturelle Identität verlieren würde und der Sittenlehre einer Liberalisierung unterliegen könnte. Um ihre These zu bestätigen, berufen sich die Anhänger dieser Anschauung auf Beispiele aus dem westeuropäischen Alltag und auf progressive Regelungen in einigen EU-Staaten zu Abtreibung, sexuellen Minderheiten oder Euthanasie. Die Entwicklung Europas verliert an Tempo, weil

der Europäischen Union ihre tiefere ethische Basis abhanden gekommen ist. Die Gruppen, die die obige Meinung vertreten, sind unter anderem in dem regierenden Aktionsbündnis „Solidarnosc“ (AWS) anzutreffen sowie in der außerparlamentarischen Szene. Der AWS-Koalitionspartner, die eher zentrische Freiheitsunion (UW), mit zahlreichen christlich-demokratischen Elementen in ihrem Programm, ist wiederum enthusiastisch für Europa und möchte die Probleme der EU als Mitglied der Europäischen Volkspartei im Rahmen der vereinten Struktur lösen.

Eurozuschüsse oder Steuerparadies?

Die scharfe Kritik der polnischen liberalen Kreise an der EU (grundsätzlich eher außerhalb des Parlamentes, aber auch zum Teil im Sejm und in zahlreichen Business- und Wirtschaftsgremien anzutreffen) beruht auf der im ersten Kapitel erwähnten Befürchtung, dass die Europäische Union sich auf Dauer von den Prinzipien des freien Marktes entfernen könnte. Für die Verteidiger der ökonomischen Freiheit scheint dieser Faktor für das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung der Union entscheidend zu sein. Diese Frage wird an Bedeutung zunehmen, wenn die EU-Staaten ihre wirtschaftliche Position in der Welt zugunsten der USA und Süd-Ost-Asiens allmählich verlieren würden. Der Euro-Kursrückgang stellt schließlich das Gelingen der Währungsunion infrage. In Polen wird zudem von liberalen Europaskeptikern versucht, einen alternativen Partner zu finden (man spricht viel von NAFTA), welcher in seiner Struktur eine offenere Wirtschaftspolitik betreibt. Die Chefin der Polnischen Nationalbank Hanna Gronkiewicz-Waltz zählt zu den Vorteilen von NAFTA die Tatsache, dass sich der dor-

tige Markt viel mehr den Ländern mit niedrigerem ökonomischen Niveau öffnet, als es in der EU der Fall ist.

Zu den anderen oft zitierten Argumenten gehört die Tatsache, dass der Zuwachs des Bruttonettoproduktes in Polen höher (1999 vier Prozent) ist als durchschnittlich in den EU-Staaten (drei Prozent). Die liberalen Europaskeptiker fürchten die zunehmende Bedeutung des Interventionismus als Mittel, mit dem man die wirtschaftlichen Prozesse regeln will (dies betrifft insbesondere die Landwirtschaftspolitik der Union: die entsprechenden Zusschüsse bilden die Hälfte des europäischen Haushaltes). Sie werfen der EU übermäßige Fiskalabgaben vor, die langsam die Investitionspolitik in den EU-Staaten unbezahlbar machen sowie das System von Zuschüssen und nicht zuletzt die ausgedehnte Bürokratie und Korruption unter den Beamten, die sich mit der Geldverteilung befassen. Auf Grund dieser Kritik ist folgende Idee zum polnischen EU-Beitritt entstanden: Demnach solle Polen in der Übergangsphase zu einem „Steuerparadies“ werden, in dem unter anderem die aus den EU-Mitgliedstaaten in die Länder mit billigerer Arbeitskraft fliehenden Kapitale investiert werden könnten. Dadurch könne es auch zur Stärkung der polnischen Wirtschaft kommen, was auch die Stärkung der Position Polens in der Europäischen Union bedeute. Die Regierung Jerzy Buzeks spricht sich aber für einen möglichst baldigen Termin des polnischen Beitritts aus, was das genannte Konzept ausschließt. Die Regierung, die das Integrationstempo beschleunigt (vielleicht, um von unseren südlichen Nachbarn nicht überholt zu werden), riskiert damit, dass die Verhandlungen mit Brüssel an Qualität verlieren können. Zu den wichtigsten Themenkomplexen gehören: die Landwirtschaft, Personen-

verkehr, Verkauf von Grundstücken und Immobilien, Transport und die Frage der EU-Außengrenze. Als besonders problematisch empfindet man die Notwendigkeit der Schließung der Ostgrenze Polens nach dem EU-Beitritt, da diese Entscheidung die Abhängigkeit der östlichen Nachbarn Polens von Russland verstärken würde. Die Möglichkeit, dass diese Länder in Kürze auch Mitglieder der Union werden, liegt sehr fern. Man trifft auch auf die Vermutung, dass das schnelle Tempo der Integration mit der drohenden Krise der Staatsfinanzen in Polen zusammenhängt (es geht um die Verschuldung im In- und Ausland, steigende Kosten des Staates), der die polnische Regierung mit den Euro-Zuschüssen entgegensteuern wolle. Diese These ist augenblicklich nicht zu bestätigen, erscheint aber nicht abwegig. Derzeit vermittelt sich der Eindruck, dass manche Polen immer noch vor allem vom Staat eine Unterstützung erwarten und von der Notwendigkeit eigener schwerer Arbeit nicht überzeugt sind. Man wird in den polnischen Medien oft mit Prognosen konfrontiert, auf welche Art und Weise die Zuschüsse, die Polen als ein EU-Mitglied bekommen wird, ausgegeben werden. Die Perspektive, dass Polen das Geld aus Brüssel erhalten wird, nutzen manche Europaanhänger als ein Argument für die schnelle Integration. Weniger erfährt man darüber, welchen Beitrag Warschau zur EU leisten soll. Slogans wie „Bevölkerung von vierzig Millionen Menschen“ und „billige Arbeitskraft“ herrschen vor. Mit gleichen Erwartungen einer Unterstützung hat man es auch auf dem Lande zu tun.

Die polnische Landwirtschaft

Die Bauern sind die größte Berufsgruppe in Polen, die sich in ihrer Masse eindeutig ge-

gen den EU-Beitritt Polens äußert. 37 Prozent der Bevölkerung wohnen auf dem Lande – dies sind zwei Millionen Bauernhöfe, von denen lediglich die Hälfte zum eigenen Bedarf produziert. Die durchschnittliche Ackerfläche beträgt zirka acht Hektar und die Zahl der Arbeitslosen eine Million. Auch die Umfragen (unter anderem in *Polityka* 50/99) bestätigen, dass zwischen 65 und achtzig Prozent der polnischen Dorfbewohner Pauperismus, Arbeitslosigkeit, Verfall zahlreicher Landwirtschaften, die Überschwemmung des polnischen Marktes mit EU-Produkten (was auch die eigene Herstellung verringern würde) und nicht zuletzt den Verkauf von Grundstücken befürchten. Besonders entmutigend für manche Bauern in Polen ist die wirtschaftliche Strategie der Europäischen Union für die östlichen Märkte (unter anderem in Russland, der Ukraine und in den baltischen Staaten), die für den Absatz polnischer Produkte immer entscheidend waren. Zurzeit unterstützt die EU mit Zuschüssen ihre Exportproduktion in diesem Bereich (was sie selbstverständlich darf), verdrängt aber gleichzeitig polnische Hersteller aus diesen Ländern. Jene Politik – meinen die Vertreter der Landwirtschaft in Polen – hat wenig mit den Prinzipien der fairen Konkurrenz zu tun, und man bekommt sie umso mehr zu spüren, weil Brüssel gleichzeitig eine stärkere Abgrenzung Polens nach Osten hin vor dem EU-Beitritt verlangt.

Für die Krise der Landwirtschaft tragen aber hauptsächlich die polnischen Parteien die Verantwortung und insbesondere die postkommunistische Bauernpartei PSL, eine Quasi-Gewerkschaft, die einige Jahre mitregierte und dabei vor allem an ihr eigenes finanzielles Interesse dachte. Da aber an der Weichsel stets ein Konzept für die Landwirtschaft fehlte, entstand ein Vakuum, das die

populistischen Gruppierungen (die auch EU-feindlich gesinnt sind) für ihre Ziele nutzen.

Let me in, let me out

Während der polnischen EU-Debatte kamen auch einige ungeklärte rechtspolitische Fragen zum Vorschein, die die Europaskeptiker als ihre Argumente zu zitieren pflegen. Zu dieser Problematik gehört unter anderem die Frage des potenziellen Austrittsverfahrens eines Mitgliedstaates aus der Europäischen Union. Ende November 1999 fand in Warschau das vom polnischen Business-Center-Club (BCC), der die Eliten der polnischen Unternehmer vereinigt, veranstaltete „Dialog-Forum“ statt. Sein Thema war der EU-Beitritt Polens. Auf die oben erwähnte Frage nach der Möglichkeit eines EU-Austrittes, die bei Europaskeptikern entstand, konnte leider keiner der zu dieser Konferenz eingeladenen Vertreter des polnischen Establishments, die darüber hinaus vorwiegend erklärte Anhänger der Integrationsprozesse sind, eine konkrete Antwort geben. Die Europaskeptiker verglichen daraufhin die EU mit der ehemaligen UdSSR, aus der sich de facto nicht austreten ließ.

Es gibt ein geopolitisches Problem, das im Kontext des EU-Beitritts Polens in den europaskeptischen Kreisen zur Sprache gekommen ist. Es handelt sich um die künftigen europäischen Streitkräfte – die Westeuropäische Union –, die auch einige Aufgaben der NATO übernehmen soll (um in der Praxis die Rolle Amerikas in Europa zu verringern). Mit dem letzten Faktor ist die polnische Regierung nicht einverstanden, wofür sie von manchen EU-Staaten kritisiert wurde. Die Anhänger dieser Politik betonen die Notwendigkeit der amerikanischen Garantie für die Sicherung des Friedens in Eu-

ropa, davon ausgehend, dass die USA ein Ausgleich für russische (aber auch für deutsche, obwohl man in Polen grundsätzlich von der Stabilität der deutschen Demokratie überzeugt ist) Einflüsse in Osteuropa sind.

Das andere im europäischen Kontext diskutierte Thema war die Politik der Union nach dem Wahlsieg der FPÖ in Österreich und der Bildung der neuen Regierung mit ihrer Beteiligung. Es ging weniger um die Stellung zur Person Haider und zu seiner Politik. 42 Prozent gegen 28 Prozent der befragten Polen waren dafür, dass die polnische Regierung mit den anderen EU-Ländern die Regierungskoalition mit der FPÖ verurteilen soll. Vielmehr ging es um die Möglichkeit und Rechtmäßigkeit eines Einflusses der EU auf die innere demokratische Politik eines Mitgliedstaates. Die politische Rechte in Polen war der Meinung, dass es der europäischen Linken in erster Linie darum ging, einen politischen Gegner auszuschalten, wobei die demokratische Entscheidung der österreichischen Gesellschaft irrelevant war. Diese Taktik der EU-Politik werde auch durch die Tatsache bestätigt, dass die Teilnahme anderer radikaler, aber linksorientierter Gruppierungen an der Macht in Frankreich und Italien keine Kontroversen in mit dem Fall Haider vergleichbaren Umgang weckt. Der FPÖ-Fall sollte besonders von den Christdemokraten als eine mögliche Gefahr für demokratische Entscheidungen der freien Gesellschaft analysiert werden.

Der Wortwechsel um die polnische Euro-Debatte beeinflusst auch wesentlich die Beziehungen zu Deutschland. Die Bundesregierung Helmut Kohls nannte während ihrer Amtszeit konkrete künftige Termine der EU-Osterweiterung. Teilweise handelte Helmut Kohl aus der Motivation heraus, die pol-

nischen Reformprozesse zu beschleunigen, teilweise, als Anwalt polnischer Interessen, um das Bild Deutschlands in Polen zu verbessern (was ihm auch in großem Maße gelungen ist). Diese Strategie hatte aber den Nachteil, dass dadurch sehr große EU-Erwartungen in Polen geweckt wurden. Zurzeit wirft ein Teil der öffentlichen Meinung an der Weichsel der neuen Bundesregierung schwaches Interesse und unklare Strategie im Hinblick auf die Osterweiterung vor. Die rot-grüne Koalition hat den polnischen Enthusiasmus wesentlich abgekühlt. Offiziell unterstützt die Bundesregierung Gerhard Schröders auch weiterhin die europäische Annäherung Polens, konzentriert sich jedoch vor allem auf die inneren deutschen Probleme und ist aus diesem Grund nicht im Stande, ein Datum für den polnischen EU-Beitritt zu nennen (siehe auch H.-G. Poettering zum deutsch-polnischen Treffen in Gnesen in dieser Ausgabe). Ab und zu kommt es zu den widersprüchlichsten Aussagen verschiedener EU-Vertreter hinsichtlich eines Beitrittsdatums, was den ganzen Prozess zusätzlich belastet.

Polen und Deutsche machen Europa

Das in den letzten zwei Jahren spürbare mangelnde Interesse Deutschlands an Polen hat dort zur Überzeugung von der tiefen Krise der gegenseitigen Beziehungen geführt. Roland Freudenstein (Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau) betont in seinem Beitrag „Stimmungstief zwischen Deutschland und Polen“ (*Internationale Politik* 2/00), dass sich in dieser Situation die alten „latenten Ängste“ vor Deutschland (und damit verbunden vor einer EU-Mitgliedschaft) verstärkt haben. Zu den wichtigsten Befürchtungen und Komplexen, die

im Zusammenhang mit Deutschland existieren, zählt Freudenstein unter anderem Regermanisierung, den Komplex des schwachen Polens, westliche Dekadenz und fehlendes Schuldbewusstsein in Deutschland. Als Spannungsfelder bleiben immer noch die Frage der Vertreibung, Entschädigungen für Zwangsarbeiter, Rückführung von Kulturgütern und polnischer EU-Beitritt (unter anderem wegen erweiterungs-skeptischer Aussagen von Bundeskanzler Schröder und der Ängste um die Rolle Deutschlands, die in diesem Kontext erscheinen). Als eine sinnvolle Lösung dieses Zustandes empfiehlt Freudenstein die Belebung der Idee der Interessengemeinschaft als einer Grundlage der deutsch-polnischen Beziehungen.

Einer der Vorteile der heutigen Situation der deutsch-polnischen Beziehungen ist ihre geringe Abhängigkeit von der „Politik auf höchster Ebene“. Auf lokaler Ebene, zum Beispiel in der Grenzregion, entwickeln sich die gegenseitigen Kontakte ohne Hindernisse. Das Spektrum an gemeinsamen Projekten verbreitert sich. Eine der letzten wichtigen Initiativen ist die Gründung des Institutes für deutsche und nordeuropäische Studien in Stettin. Das Institut vereint Wissenschaftler, Journalisten, Teilnehmer der deutsch-polnischen Zusammenarbeit und Politiker (auch aus christlich-demokratischen Kreisen) und möchte sich auf die Intensivierung der gegenseitigen Kontakte und auf politische Bildung konzentrieren.

„Prinzip Hoffnung“

Es ist erfreulich festzustellen, dass es zu einem Zuwachs der zwischenparteilichen Zusammenarbeit im Grenzgebiet (unter anderem mit der CDU) kommt. Die Tätigkeit der Konrad-Adenauer-Stiftung gewinnt

zum Beispiel in Pommern an Bedeutung. Dies sind die polnischen Ängste und Befürchtungen, die angesichts des EU-Beitritts in der polnischen Gesellschaft erwachen. Alle haben ihre Ursachen, und jede von diesen kann die Ergebnisse der diesbezüglichen Umfragen und der künftigen Beitrittsvolksabstimmung beeinflussen. Davon ausgehend, dass die vernünftigen Hauptziele der Europapolitik Frieden, Gemeinschaft der christlichen Ideale und die wirtschaftliche Entwicklung sein sollen, wäre es ein Fehler, diese konkreten Probleme zu verschweigen. Die Diskussion um die Rückkehr Polens nach Europa hat auch ein vielleicht für den deutschen Leser nicht evidentes Element: Die Geschichte der polnischen Gesellschaft prägt seit Jahrhunderten ein gewisser Idealismus und Mangel an pragmatischem Denken. Nicht selten brachten die beiden Faktoren unnötiges Leiden, Verluste und falsche Theorien mit sich (wie die erfolglosen Nationalaufstände im neunzehnten Jahrhundert). Zurzeit hat das polnische „Prinzip der Hoffnung“ die Form eines Glaubens daran, dass die Teilnahme an europäischen Strukturen zu einem universalen Heilmittel gegen alle eigenen Schwächen und historischen Fehler und darüber hinaus ein hohes Lebensniveau sichern wird. Diese Hoffnung findet man zum Beispiel beim populären Journalisten und Spezialisten für die deutsch-polnischen Themen – Adam Krzemiński in *Polityka* 5/00. Sogar der vor

kurzem von den beiden Außenministern Bronislaw Geremek und Joschka Fischer verfasste Artikel (*Tagesspiegel* 16. 9. 2000) hat den Titel „Europa ist unsere letzte Utopie“. Sicherlich sollte die Nachbarschaft und enge Zusammenarbeit mit den anderen Europäern, das, was in Polen europäisch ist, zum Vorschein bringen. Es scheint jedoch geraten, für den Erfolg unserer Europa-Debatte zuerst aufmerksam die latenten Ängsten der polnischen Europaskeptiker anzuhören und ihre Richtigkeit zu erwägen. Die europaskeptische Kritik in Polen richtet sich in erster Linie nicht gegen die kulturelle und historische Gemeinschaft, wie man hier Europa versteht, sondern hängt mit dem Beitritt zu einer wirtschaftlichen und zurzeit eher politischen Organisation zusammen. Der vorher erwähnte Pragmatismus würde ermöglichen, rechtzeitig allen signalisierten Risiken entgegenzusteuern. Diese Risiken sind Resultate dessen, dass die heutige EU ihren christlich-demokratischen Wurzeln widerspricht und sich entfernt von den christlichen Grundlagen der menschlichen Freiheit sowie von den Werten, die ihren Sieg über Totalitarismus und die Spaltung Europas garantiert haben. Dass so verstandene pragmatische Handeln würde auch das Risiko einer ernsthaften (zum Beispiel wirtschaftlichen) Krise im vereinten Europa vermeiden, welche von neuem alle vergessenen „bösen Geister“ der Geschichte erwecken könnte.

Ohne Wille kein Weg

„Mag Bundeskanzler Schröder auch beteuern, dass Deutschland die Ost-Erweiterung der EU wolle, Führungskraft und europäischer Gestaltungswille gehen von ihm nicht aus. Es herrschen Gleichgültigkeit und Ideenlosigkeit.“

(Klaus Dieter Frankenberger am 5. Mai 2000 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*)